

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 303 (2024)

Rubrik: Blick in die Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Was gibt es Schrecklicheres, Grauensvoller, Menschenfeindlicheres als Krieg? «Candide kroch über einen Haufen von Sterbenden und Toten und erreichte ein Dorf, das in Schutt und Asche fiel: die Feinde brannten es nieder. Männer, unter Hieben gekrümmt, schauten mit an, wie ihre Frauen erdrosselt starben, ihre Kinder an die blutenden Brüste pressend. Mädchen, mit aufgeschlitzten Bäuchen, verwendeten, nachdem sie die Bedürfnisse einiger Helden befriedigt hatten; andere, halb verbrannt, flehten um den Gnadenstoss. Die Erde war voll von verspritztem Gehirn und abgehackten Armen und Beinen.» Drastischer als Voltaire im ausgehenden 18. Jahrhundert haben wenige Autoren die Greuel auf den

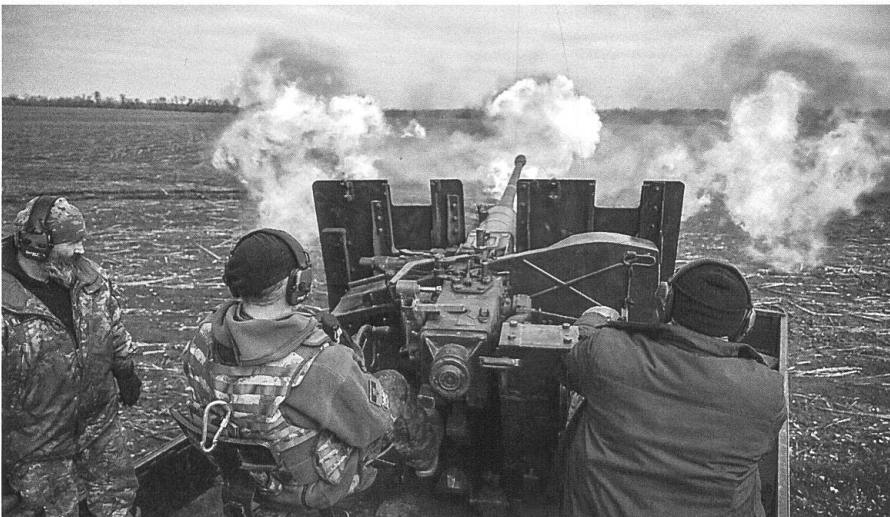
Schlachtfeldern geschildert. Seit der Antike warnen Schriftsteller, Pazifisten und Philosophen vor Kriegen und ihren Schrecken. Ihren Aufrufen wurde selten Folge geleistet. Grössenwahn, Gier, nationale Überheblichkeit, ideologische Verblendung führten noch und noch zu Kriegen. Selten rechtfertigten die Opfer die Ergebnisse. Die Träume einer vom Krieg befreiten Welt erfüllten sich nicht.

Seit dem 24. Februar 2022 wissen wir, dass auch im 21. Jahrhundert Angriffskriege gegen souveräne Staaten nicht der Vergangenheit angehören. Russlands Krieg gegen die Ukraine – völkerrechtlich ohnehin ein Verbrechen – versties gegen elementare Regeln: Erstens gab es keinen erkennbaren Plan für den Fall,

dass die Kriegsziele nicht innert weniger Tage erreicht würden. Zweitens waren Russlands Reserven an Waffen, Material, Logistik und vor allem an motivierten, gut ausgebildeten Soldaten begrenzt. Drittens verrechneten sich Präsident Wladimir Putin und seine Schergen in der Reaktion der westlichen Staaten: Obschon viele unter ihnen von russischem Erdöl und Erdgas abhängig waren, stellten sie sich solidarisch hinter die Ukraine. Auch die Aufnahme von mehr als fünf Millionen Geflüchteten und Vertriebenen aus der Ukraine bewältigten die europäischen Länder in bewundernswürdiger Weise.

Ohne die Waffenhilfe aus dem Westen wäre die ukrainische Verteidigung jedoch rasch zusammengebrochen. Vor allem die USA unter Präsident Joe Biden unterstützten die Ukraine mit Waffenlieferungen in Milliardenhöhe. Auch Grossbritannien, Deutschland und die osteuropäischen Staaten liessen es an Unterstützung für den ukrainischen Abwehrkampf nicht fehlen. Diese Solidarität bröckelte auch angesichts steigender Öl- und Gaspreise nicht. Im Gegenteil: Die europäischen Staaten beantworteten die russischen Liefereinschränkungen mit der Erschliessung neuer Märkte, Preisobergrenzen für russische

Bild: Keystone-SDA



Ukraine-Krieg: Schlacht um Bachmut im Winter 2022/23.

Energielieferungen und gegenseitiger Unterstützung. Die EU beschloss ausserdem einen vollständigen Importstopp für russisches Erdöl, was Russland dazu zwang, sein Öl auf kostspieligen Umwegen und mit grossen Preisnachlässen an Abnehmerländer wie China und Indien zu verkaufen. Je länger der Krieg dauerte, umso stumpfer erwiesen sich Russlands Drohungen, Öl- und Gaslieferungen in den Westen einzustellen. Und umso mehr verschlechterten sich die Chancen für den Kreml, den Krieg in der Ukraine gewinnen zu können.

Grössenwahn und Scheitern

Der russischen Armee fehlten die Mittel, die Schwarzmeerküste über Cherson hinaus zu erobern. Odessa und das zur Republik Moldau gehörige Transnistrien blieben ausser Reichweite. Auch den Offensiven zur vollständigen Eroberung der Donbas-Provinzen Donezk und Luhansk fehlte es an Durchschlagskraft. Von der im Schwarzen Meer gelegenen Schlangeninsel mussten sich die Russen nach ukrainischem Beschuss zurückziehen. Damit war auch dem Einsatz der russischen Flotte im westlichen Teil des Schwarzen Meeres ein Riegel geschoben. In den Monaten Juli und August 2022 gelang es der ukrainischen Armee, den Vormarsch der Russen an allen Fronten zu stoppen. Immer stärker wirkte sich der Einsatz moderner westlicher Artillerie, vor allem

des amerikanischen Raketenwerfersystems Himars, aus. Überraschend durchbrachen die Ukrainer im September in einer Gegenoffensive die russische Front im Nordosten des Landes. Ausserdem eroberten sie Gebiete in den Donbas-Gebieten Donezk und Luhansk zurück. Anfang November mussten sich die russischen Truppen aus der westlich des Dnjepr gelegenen Stadt Cherson zurückziehen – kurz nachdem Russland die eroberten Gebiete im Süden der Ukraine sowie die Provinzen Donezk und Luhansk nach einer Pseudo-Abstimmung annektiert hatte. Trotz einer Teilmobilmachung von 300 000 weiteren Soldaten gewann die Invasionsarmee nicht an Schlagkraft. Im Gegenteil, ihre Verluste stiegen rasant an, waren doch die neu eingezogenen Mannschaften mangelhaft ausgebildet und schlecht motiviert. Tausende junger Leute entzogen sich der Rekrutierung durch Emigration ins Ausland. Trotz immer neuer Wechsel im Kommando der Invasionstruppen blieb die Führungsqualität gering. Wochenlang kämpften im Winter 2022/23 Russen und Ukrainer um die Stadt Bachmut, die eigentlich von geringer strategischer Bedeutung war. Je hilfloser die russische Armee gegen die verzweifelt kämpfende Ukraine agierte, desto wichtiger wurde für sie die Söldnertruppe des Oligarchen Jewgeni Prigoschin. Sie füllte ihre Reihen mit Strafgefangenen, denen für Fronteinsätze die Freilassung in Aussicht ge-

stellt wurde. Trotz verheerender Verluste, auch auf ukrainischer Seite, gelang es den Russen bis Ende Mai 2023 nicht, die Stadt Bachmut einzunehmen. Die völlig zerstörte Stadt wurde zum Symbol eines Krieges, der für Russland längst verloren war.

Die ausbleibenden Erfolge an der Front kompensierten die Russen durch Raketen- und Drohnenangriffe auf zivile Einrichtungen. Zwar vermochten sie zeitweise bis zu einem Drittel der ukrainischen Stromversorgung lahmzulegen. Namentlich iranische Drohnen richteten verheerende Schäden an. Die häufigen Stromausfälle hatten jedoch eher die gegenteilige Wirkung. Statt den Widerstandsgeist der ukrainischen Bevölkerung zu brechen, stachelte es ihn weiter an. Zudem begannen den Russen bald moderne Raketen und Drohnen zu fehlen. Der ukrainischen Luftverteidigung gelang es immer besser, diese Flugkörper unschädlich zu machen.

Die US-Hilfe blieb das Rückgrat des ukrainischen Abwehrkampfes. Ohne sie wäre der Widerstand gegen die russischen Invasoren rasch zusammengebrochen. Bis April 2023 stieg das Ausmass der US-Militärhilfe für die Ukraine auf über 35 Milliarden US-Dollar. Die Waffenhilfe aus dem Ausland zeigte zusehends Wirkung. Am Boden wie in der Luft. Stinger- und Patriot-Flugabwehrsysteme machten es den Russen unmöglich, ihre Luftwaffe wirksam einzusetzen. Für den Kampf am Boden lie-

ferten die Nato-Staaten der Ukraine moderne Artillerie, Geländefahrzeuge und selbst Panzer der neuesten Generation (Leopard 2, Abrams, Challenger). Länder wie Polen und die Slowakei stellten der Ukraine ehemals sowjetische Kampfflugzeuge zur Verfügung. Dabei waren in Europa nicht alle Waffenlieferungen unbestritten. Die Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine wurde in Deutschland erst nach längeren Diskussionen beschlossen.

Rückschläge für Russland

Dass die Solidarität zwischen Amerika, Europa und der Ukraine so ungebrochen erhalten blieb, war nicht zuletzt Präsident Wolodimir Selenski zu verdanken. Gegen innen wie gegen außen verkörperte er den Widerstandsgeist des ukrainischen Volkes: Anders als Putin, der sich in den Mauern des Kreml verschanzte, zeigte sich Selenski wiederholt an der Front, wandte sich in täglichen Video-Ansprachen an sein Volk, empfing Staatsgäste in Kiew und reiste auch ins Ausland. Am 22. Dezember 2022 sprach Selenski vor dem US-Kongress und betonte, dass der Widerstand der Ukrainer letztlich auch ein Abwehrkampf für Europa und den Westen sei. Ebenso bemerkenswert war ein Besuch von US-Präsident Joe Biden in Kiew am 20. Februar 2023. Anfang April trat Finnland offiziell der westlichen Verteidigungsallianz Nato bei –

ein empfindlicher Rückschlag für Russland. Gegen Schwedens Nato-Beitritt sperrte sich vorerst noch die Türkei, doch war es nur eine Frage der Zeit, bis auch Schweden dem Verteidigungsbündnis beitreten würde. Für Russlands Präsidenten Putin gab es wenig zu feiern: Der Krieg lief nicht wie geplant. International war Putin isolierter denn je. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag erliess am 16. März einen Haftbefehl gegen ihn wegen möglicher Kriegsverbrechen. Das Tribunal machte Putin persönlich für die «unrechtmässige Deportation» ukrainischer Kinder aus den besetzten Gebieten in die Russische Föderation verantwortlich. Weitere Anklagen dürften folgen.

Die USA im Banne Trumps

Anders als beim überstürzten Rückzug aus Afghanistan liess es US-Präsident Joe Biden im Ukraine-Konflikt nicht an Entschlossenheit mangeln. Entgegen aller Vorhersagen gelang es seiner Demokratischen Partei, die Verluste bei den Zwischenwahlen vom 8. November 2022 in Grenzen zu halten. Zwar verlor sie ihre bisherige Mehrheit im Repräsentantenhaus (neu: 222 Republikaner, 213 Demokraten). Sie sicherten sich aber eine Mehrheit von 51 Sitzen im 100-köpfigen Senat. Bemerkenswerterweise blieben Kandidatinnen und Kandidaten, die von Ex-Präsident Donald Trump unterstützt wurden, fast durch-

wegs auf der Strecke. Die Demokraten profitierten nicht zuletzt von einem Entscheid des Obersten Gerichts zur Abtreibungsfrage: Die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wurde den einzelnen Bundesstaaten überlassen, nachdem bisher landesweit eine Fristenlösung gegolten hatte. Das Wahlergebnis wurde weitherum als Schlappe für Trump interpretiert. Nichtsdestotrotz kündigte der Ex-Präsident am 15. November an, 2024 erneut für das Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Durchaus mit Chancen: Umfragen unter republikanischen Wählern ergaben, dass 80 Prozent Trump nach wie vor unterstützen. Dies trotz dessen Rolle beim Sturm aufs Capitol am 6. Januar 2021, trotz seiner Wahllüge und trotz seiner vielfältigen übrigen Skandale. Ende März 2023 erhob ein Bundesrichter in New York Anklage gegen Trump wegen falsch verbuchter Schweigegelder, die Trump 2016 einer Pornodarstellerin hatte zukommen lassen, mit der er 2006 angeblich Sex gehabt hatte. Zum ersten Mal musste ein ehemaliger Präsident als Angeklagter vor einem Bundesgericht erscheinen. Diese möglichen Straftaten wogen indessen wenig gegenüber Delikten wie dem Aufbewahren geheimer Dokumente in seinem privaten Wohnsitz in Florida, der Einflussnahme Trumps auf Wahlgremien in Georgia oder seiner Rolle beim Sturm aufs Capitol. Gut möglich, dass der Ex-Präsident sich noch vor den



Der ehemalige US-Präsident Donald Trump musste sich am 4. April 2023 vor einem Bundesgericht in New York wegen Fälschung von Geschäftsunterlagen verantworten.

Wahlen 2024 mit weiteren Anklagen vor Gericht konfrontiert sehen wird.

Präsident Joe Biden blieb 2022 und 2023 nicht ohne Erfolge: Fortschritte verzeichneten die USA beim Klimaschutz, beim Ausbau der Infrastruktur, in der Aussenpolitik sowie auf wirtschaftlichen Gebieten. Die Arbeitslosigkeit lag Anfang 2023 bei unter 4 Prozent, die Teuerung sank von einem Höchststand von 8,4 auf unter 6 Prozent. Erfolglos blieb die Biden-Administration dagegen bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Im Kongress waren überparteiliche Lösungen selten. In einem Punkt waren sich beide amerikanischen Parteien jedoch einig: dass sie eine militärische Eroberung Taiwans durch Chinas Armee nicht tatenlos hinnehmen würden.

Aggressives China

Steuert China auf einen grossen Krieg im Fernen Osten zu? Unter Präsident Xi Jinping trägt die Volksrepublik ihre Ansprüche auf das Südchinesische Meer und Taiwan immer aggressiver vor. Atolle, die auch von andern Anrainerstaaten beansprucht werden, baut Chinas Volksbefreiungsarmee zu Stützpunkten aus. Selbst in Territorialgewässern anderer Staaten, beispielsweise der Philippinen, dringt die chinesische Marine mit beispielloser Unverfrorenheit vor. Drohegebärden gegenüber Taiwan sind an der Tagesordnung. Den Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in der Inselrepublik Taiwan beantwortete Peking mit wochenlangen Seemanövern, in denen eine Blockade Taiwans und ein möglicher Angriff auf die Insel supponiert wurden. Auch Pe-

lois Nachfolger als Sprecher des Parlaments, der Republikaner Kevin McCarthy, traf mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen zusammen. Zwar nicht in Taiwan, aber in Kalifornien, was ebenfalls wütende Proteste und neue Seemanöver der Volksrepublik zur Folge hatte. Nichts könnte die unterschiedlichen Wertesysteme zwischen dem Westen und China besser illustrieren als der Konflikt um Taiwan: Für Chinas Kommunistische Partei (KP) sind die Wünsche des taiwanesischen Volkes – wie auch jene der Tibeter, der Uiguren oder der Bevölkerung Hongkongs – in keiner Weise von Belang. Was zählt, sind Macht und Machterhalt.

Seit Xi Jinping die KP führt (2012), hat sich die Politik Chinas massiv verändert. Stärker denn je pocht Peking auf eine Rolle als Supermacht. In den Grossstädten ist die Kontrolle durch Überwachungskameras fast total geworden. Kritische Meinungsäusserungen im Internet und auf Social Media werden umgehend gelöscht, ihre Urheber gnadenlos verfolgt. Die Unterdrückung nicht-chinesischer Volksgruppen wie der Uiguren und Tibeter ist mittlerweile klar dokumentiert, obschon das Regime das vehement bestreitet. Wie die KP Chinas mit der eigenen Bevölkerung umspringt, offenbarte sich an ihrer Coronapolitik: Auch nachdem Omikron alle anderen Coronavarianten verdrängt hatte, hielt China bis ins Jahr 2023 hinein an



Bild: Keystone-SDA

Chinas Staatschef Xi Jinping lässt sich während der Eröffnungszeremonie des Nationalen Volkskongresses in Peking am 16. Oktober 2022 huldigen.

seiner Abschottungspolitik fest. Wenige Ansteckungsfälle genü- gen, um Millionenstädte oder ganze Stadtteile abzuriegeln und die Bevölkerung in einen brutal überwachten Lockdown einzu- sperren. Niemand weiss, wie vie- le Menschen umkamen, weil ih- nen die ärztliche Versorgung nicht rechtzeitig zuteilwurde. Als Ende November 2022 bei einem Wohnungsbrand in Urumqi zehn Menschen ums Leben ka- men, weil sie ihrem verriegelten Haus nicht entfliehen konnten, kam es in zahlreichen Grosstäd- ten Chinas zu spontanen De- monstrationen. Sie richteten sich nicht nur gegen die Willkür lo- kaler Behörden, sondern – ein Novum in China – gegen das Re- gime in Peking. Auf Videos, die sich trotz Zensur im Internet verbreiteten, waren Rufe zu hö-

ren wie: «Nieder mit der Kom- munistischen Partei! Nieder mit Xi Jinping!» Die Kundgebungen zeigten – ebenfalls ein Novum – Wirkung. Nachdem das Regime zunächst mit Gewalt reagiert hatte, änderte es von einem Tag auf den andern seine Corona- politik. Sämtliche Lockdown- und Coronamassnahmen wur- den aufgehoben. Anfang Januar öffnete China auch seine Gren- zen für Reisen. Menschenrechts- aktivisten blieben hingegen hin- ter Gittern. Auch gegenüber Hongkong schränkte China die demokratischen Freiheiten wei- ter ein.

Chinas starker Mann, Xi Jin- ping, liess sich am Parteikon- gress vom Oktober 2022 für eine noch nie dagewesene dritte Amtszeit als Generalsekretär der Kommunistischen Partei wäh-

len. Seinen Vorgänger Hu Jintao liess Xi vor laufenden Kameras abführen, angeblich wegen ge- sundheitlicher Probleme. Am 10. März bestätigte der Volks- kongress Xi auch im Amt des Staatspräsidenten; bislang war die Amtszeit ebenfalls auf zwei Wahlperioden beschränkt gewe- sen. In seinen Reden griff Xi die USA und den Westen mit schar- fen Worten an. Gegenüber Tai- wan, das China als «abtrünnige Provinz» betrachtet, schloss er einmal mehr Gewalt nicht aus, sondern kündigte einen massi- ven Ausbau der Streitkräfte und der Kriegsmarine an. Allerdings sieht sich China mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert: Die Arbeitslosigkeit ist hoch (offi- ziell 18 Prozent unter 16- bis 24-Jährigen), die Gehälter stag- nieren, und die soziale Un- gleichheit verschärft sich. Sozia- le und politische Sprengkraft hat auch die demografische Ent- wicklung: Anfang 2023 gaben die chinesischen Behörden be- kannt, dass die Bevölkerung 2022 erstmals seit 1960 gesun- ken sei. Die Geburtenrate fiel auf ein historisches Tief zurück; die Sterberate stieg auf den höch- sten Stand seit 1972.

Ende einer Ära

In Grossbritannien ging eine Ära zu Ende. Am 8. September 2022 starb auf Schloss Balmoral Queen Elizabeth II. in ihrem 97. Altersjahr. 70 Jahre und 214 Tage war sie Monarchin des Ver-

einigten Königreichs gewesen und damit länger auf dem Thron als jede andere Person vor ihr. Ausserdem war Elizabeth II. Oberhaupt der im Commonwealth vereinigten Staatengruppe gewesen, die zum Zeitpunkt ihres Todes noch 55 Länder umfasste. Die Nachfolge auf dem Thron trat ihr ältester Sohn als König Charles III. an. Die Ablösung fiel in eine Zeit, da das Königshaus Windsor seit Längerem von Turbulenzen erschüttert wurde. Charles' Bruder Andrew stand wegen seiner Verbindungen zum Pädokriminellen Jeffrey Epstein im Zwielficht. Prinz Harry, Charles' zweitgeborener Sohn aus der Ehe mit Prinzessin Diana, übte mit seiner US-amerikanischen Frau Meghan Markle Kritik am Königshaus. Charles III. gelang es zwar, wieder Ruhe in der Familie zu

schaffen. Auch die Krönungsfeier am 6. Mai 2023 wurde zum prachtvollen Ereignis für Grossbritannien. Doch viele stellten sich die Frage nach der Zukunft der Monarchie.

Politisch erlebte das Vereinigte Königreich ein bewegtes Jahr. Im Juli 2022 kündigte Premierminister Boris Johnson seinen Rücktritt an. Zum Verhängnis wurden ihm Partys im Amtssitz Downing Street 10, während im Land ein scharfer Corona-Lockdown galt. Nachfolgerin wurde am 6. September Liz Truss. Truss war zuletzt Aussenministerin im Kabinett Johnson gewesen. Bereits am 20. Oktober musste sie ihrerseits zurücktreten; sie stolperte über Steuersenkungspläne, die in erster Linie Gutverdienenden zugute gekommen wären, wogegen sogar die eigene Partei und die Finanzmärkte re-

bellierten. Truss dürfte als eine der kläglichsten Figuren an der britischen Regierungsspitze in die Geschichte eingehen. Ihrem Nachfolger, Rishi Sunak, gelang es, mit der EU ein Abkommen auszuhandeln, das die Beziehungen zwischen der Republik Irland und dem zu Grossbritannien gehörigen Nordirland regelt. Damit konnte endlich ein Schlusstrich unter den Brexit gezogen werden. Schottlands Abspaltungstendenzen erhielten durch den Rücktritt der schottischen Premierministerin Nicola Sturgeon einen wohl entscheidenden Rückschlag.

Italien unter neuer Führung

Regierungswechsel auch in Italien: Die Parlamentswahlen vom 25. September 2022 gewann die weit rechtsstehende postfaschistische Partei Fratelli d'Italia (FdI). Mit 26 Prozent Stimmenanteil setzte sie sich gegen sämtliche anderen Parteien durch, namentlich den gemässigt linken Partito Democratico, der auf 19 Prozent kam, die Fünf-Sterne-Bewegung (15 Prozent), die Lega Nord (8,8 Prozent) und Forza Italia von Silvio Berlusconi (8,1 Prozent). Neue Ministerpräsidentin wurde Giorgia Meloni, seit 2014 Chefin der Fratelli d'Italia. Sie führt ein Regierungsbündnis aus FdI, Lega und Forza Italia. Meloni etablierte sich überraschend schnell als starke Regierungschefin. Sie distanzierte sich wiederholt vom Faschismus und verschaffte sich

Bild: Keystone-SDA



König Charles III. und Queen Camilla winken der Bevölkerung nach der Krönung am 6. Mai 2023 vom Balkon des Buckingham Palace zu.

mit EU-kritischen Positionen sowie einer klaren Haltung zum Krieg in der Ukraine und zur transatlantischen Allianz Respekt. Im Dezember 2022 bezeichnete das Forbes-Wirtschaftsmagazin Meloni als siebtmächtigste Frau der Welt.

Deutschland wurde seiner Führungsrolle in Europa nur bedingt gerecht. Olaf Scholz bestätigte auch als Bundeskanzler seinen Ruf als entscheidungsschwache, zögerliche Person. Er und seine Koalition aus SPD, Grünen und FDP lavierten zwischen Pazifismus, russlandfreundlichen Gefühlen und der Solidarität mit der angegriffenen Ukraine.

Proteste und Affären

In Frankreich brachte Präsident Emmanuel Macron mit seinem Projekt einer Rentenreform einen namhaften Teil der Bevölkerung gegen sich auf. Die Reform, die Macron als wichtigstes Projekt seiner Präsidentschaft bezeichnete, sah eine Erhöhung des Pensionsalters von 62 auf 64 Jahre vor. Die Reform rief landesweite Proteste hervor, die teilweise in gewalttätige Unruhen ausarteten. Auch mit Äusserungen zu Taiwan schaffte sich Macron keine Freunde: Europa solle sich aus Krisen heraushalten, die «nicht unsere» sind, diktierte er Journalisten während eines China-Besuchs in die Federn. Europa solle einen eigenen Weg zwischen den Grossmächten finden. Dass er damit die USA, die engste Verbündete, vor

den Kopf stiess, schien den Franzosen nicht zu bekümmern. Chinas Xi Jinping dürfte sich hingegen gefreut haben.

Eine Korruptionsaffäre grossen Ausmasses erschütterte die Europäische Union. Eva Kaili, eine der Vizepräsidentinnen des EU-Parlaments, und mehrere weitere Personen wurden festgenommen, weil sie Bestechungsgelder aus Katar und Marokko angenommen haben sollen.

Im Kampf gegen die Inflation – sie erreichte in mehreren Ländern gegen 10 Prozent – hob die Europäische Zentralbank in mehreren Schritten die Leitzinsen an. Kroatien trat am 1. Januar 2023 dem Schengener Abkommen bei und führte den Euro als Währung ein. – In Finnland verlor bei Parlamentswahlen Anfang April das Linksbündnis unter der Sozialdemokratin Sanna Marin die Mehrheit; Gewinnerin der Wahlen war die Konservative Partei unter Petteri Orpo.

In Neuseeland trat Jacinda Ardern als Premierministerin zurück. Sie gab zur Begründung an, sie fühle sich ausgebrannt. – In Brasilien gewann der Linke Luiz Inácio Lula da Silva die Präsidentschaftswahlen gegen den bisherigen Staatspräsidenten Jair Bolsonaro. Lula hatte bereits von 2003 bis 2010 als Staatsschef Brasiliens amtiert. 2018 war er wegen Geldwäscherei und Korruption zu einer neuneinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt worden. – In Peru setzte das Parlament den linken Präsidenten Pedro Castillo ab. Castillo hatte im Juni

2021 die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Seine Absetzung durch das Parlament wegen Korruptions- und Putschvorwürfen löste wochenlange Unruhen im Andenland aus. – Auch in Chile war im März 2022 ein Linker, Gabriel Boric, als Präsident gewählt worden. Im September lehnte das Stimmvolk jedoch den Entwurf zu einer fortschrittlichen neuen Verfassung mit 62 Prozent der Stimmen ab. Diese hätte die noch aus der Pinochet-Zeit stammende bisherige Verfassung abgelöst. – In Thailand endeten die Parlamentswahlen vom 14. Mai 2023 mit einem überwältigenden Sieg der Oppositionsparteien Move Forward und Pheu Thai. Für Prayuth Chan-ocha, den ehemaligen Heeresgeneral, der 2014 durch einen Putsch an die Macht gekommen war, für das Militär und das hinter ihnen stehende Königshaus war es eine demütigende Niederlage.

Die für Europa bedeutsamste Wahl fand in der Türkei am 15. Mai 2023 statt. Erstmals schien es, als ob Langzeitherrscher Recep Tayyip Erdogan von der Macht verdrängt werden könnte. Seit 2003 regierte Erdogan die Türkei mit eiserner Faust, bis 2014 als Ministerpräsident, seither als Präsident. Er musste sich zwar einem zweiten Wahlgang stellen, doch der vereinten Opposition gelang der erhoffte Durchbruch trotz miserabler Wirtschaftslage, Inflation und einem blamablen Krisenmanagement nach dem Erdbeben vom 6. Februar 2023

nicht. Das Beben mit einer Stärke von 7,8 erschütterte ein Gebiet mit einem Umkreis von rund 400 Kilometern, darunter die Städte Gaziantep, Adana, Antakya, Kahramanmaras, Malatya, Kilis und Diyarbakir in der Türkei sowie Aleppo, Idlib, Homs und Hama in Syrien. Obschon Rettungskräfte aus vielen Ländern, auch der Schweiz, rasch vor Ort waren, konnten gegen 60 000 Menschen nur noch tot geborgen werden; mehr als 100 000 Personen wurden verletzt.

Nahöstliche Verwerfungen

Der Nahe Osten blieb ein Pulverfass. In Israel löste der Besuch des neuen Ministers für nationale Sicherheit auf dem Tempelberg in Jerusalem Anfang Januar 2023 gewaltsame Unruhen aus. Beim Anschlag auf eine Synagoge in Ost-Jerusalem am 27. Januar wurden sieben Personen getötet. Auch vor den Ostertagen, die mit dem jüdischen Pessachfest und dem Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan zusammenfielen, kam es zu wüsten Ausschreitungen auf dem Tempelberg. Innenpolitisch erlebte Israel ebenso turbulente Zeiten. Nach der Parlamentswahl vom 1. November 2022 konnte erneut Benjamin Netanjahu eine Regierung bilden. Diese stützte sich auf ultraorthodoxe religiöse Parteien. Der Plan der neuen Regierung, die Kompetenzen des Obersten Gerichts zu beschneiden, trieb Hunderttausende von Israelis



Bild: Keystone-SDA

Iranische Jugendliche protestieren gegen die Unterdrückung der Frauen durch das Mullah-Regime (Bild vom 1. Oktober 2022).

auf die Strassen. Netanjahu musste den Plan schliesslich sistieren.

In Iran zeigte das Regime der Mullahs erneut sein wahres Gesicht. In gewohnter Manier schlug es Proteste mit brutalsten Methoden nieder. Auslöser der Unruhen war der gewaltsame Tod einer jungen Frau in Polizeigewahrsam in Teheran. Die 22-jährige Kurdin Jina Mahsa Amini wurde Mitte September 2022 von der islamischen Sittenpolizei festgenommen und misshandelt, weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht richtig getragen hatte. Zunächst waren es vor allem Frauen, die ihren Protest gegen das theokratische System auf die Strasse trugen. Ihnen schlossen sich Händler und Lastwagenfahrer an, die auch

wegen der miserablen Wirtschaftslage protestierten. Die Kundgebungen zeigten, wie verhasst die Herrschaft der Ayatollahs und Mullahs in der iranischen Bevölkerung inzwischen geworden ist. Das Regime und seine Schergen reagierten mit aller Härte: Hunderte von Menschen wurden bei den Kundgebungen durch Polizeigewalt getötet. Laut Amnesty International fanden über 500 meist jugendliche Personen den Tod. Viele Hunderte verschwanden in den berüchtigten Gefängnissen des Regimes, wurden gefoltert, misshandelt und vergewaltigt. Im November 2022 verhängte das Regime erstmals ein Todesurteil gegen einen Demonstranten und liess es trotz weltweiter Proteste vollstrecken.

Blick in die Schweiz

Es war ein Paukenschlag, der die Schweiz und die globale Finanzwelt erschütterte. Am 19. März 2023 wurde die Übernahme der zweitgrössten Bank der Schweiz, der Credit Suisse (CS), durch die UBS bekanntgegeben. Als Schweizerische Kreditanstalt (SKA) war die CS 1856 von Alfred Escher gegründet worden. Seit ihrer Gründung vor 167 Jahren hatte sie zu den tragenden Säulen des Zürcher Finanzplatzes gezählt. Die Probleme der CS, gewinnbringend zu geschäften, waren nicht neu. Das Ende kam jedoch unerwartet brüsk. Im März 2022 hatte die Bilanzsumme der CS 756 Milli-

arden Franken betragen. Ein Jahr später waren es noch 531 Milliarden. Für das Geschäftsjahr 2022 musste die CS einen Verlust von 7,3 Milliarden Franken ausweisen. Der Geldabfluss hatte vor allem mit dem rampolierten Image der Bank zu tun. Mehrere Affären und Verstrickungen in unsaubere Geschäfte in den USA schaden dem Ruf der Bank nachhaltig. Hinzu kamen Negativschlagzeilen über unverstänlich hohe Boni, welche sich das Bankmanagement ungeachtet der Verluste auszahlen liess. Am Ende war es eine Vertrauenskrise, welche der CS den Garaus machte. Nach dem Zusammenbruch zweier amerikanischer Regionalbanken ge-

riet auch die Credit Suisse in einen jähen Abwärtsstrudel. Der Aktienkurs – schon seit Jahren unter Druck – sackte vollends zusammen, als die Saudi National Bank bekannt gab, kein weiteres Geld mehr einschiessen zu wollen. Im Oktober 2022 hatte die Saudi National Bank einen 9,9-Prozent-Anteil an der CS erworben und war damit deren grösster Aktionär geworden. Auch ein 50-Milliarden-Kredit der Schweizerischen Nationalbank vermochte die CS nicht zu retten. Wäre für die Bank keine Lösung gefunden worden, hätte die Credit Suisse nach dem Wochenende vom 19. März den Konkurs anmelden müssen und damit möglicherweise eine welt-



Bild: Keystone-SDA

Finanzministerin Karin Keller-Sutter gibt die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS bekannt. Neben ihr (von links) Axel Lehmann, Verwaltungsratspräsident der CS, Colm Kelleher, VR-Präsident der UBS, Bundespräsident Alain Berset und Thomas Jordan, Präsident der Schweizerischen Nationalbank.

weite Finanzkrise ausgelöst. In dieser Situation übernahmen der Bundesrat, die Finanzaufsichtsbehörde Finma sowie die Schweizerische Nationalbank die Führung. In Krisensitzungen zwangen sie die grösste Schweizer Bank, die UBS, die Credit Suisse zu übernehmen. Die UBS, die eigentlich an einem Kauf der CS wenig interessiert war – zumindest äusserte sie sich so –, konnte hoch pokern. Die Übernahme der CS erfolgte schliesslich zu einem Preis von 3 Milliarden Franken. Dieser Kauf war auch für die UBS nicht ohne Risiken: Bis zu 5 Milliarden müsste sie nötigenfalls aus eigenen Mitteln beisteuern. Darüber hinaus sagte der Bundesrat der neuen Megabank eine Verlustabsicherung in Höhe von 9 Milliarden Franken zu. Hinzu kam eine Ausfallgarantie für zusätzliche Liquiditätshilfen seitens der Nationalbank bis zu 100 Milliarden. Gestützt auf Notrecht ging der Bund damit ein Risiko von 109 Milliarden zulasten der Steuerzahlenden ein.

Entsprechend gross war der Frust, zumal das Debakel einzig auf Fehlentscheide des CS-Managements zurückzuführen war. Besonders viel Unmut erzeugte die CS mit der Absicht, trotz der Verluste an ihren Boni für Kaderleute festzuhalten. Das Parlament traf Mitte April zu einer zweitägigen ausserordentlichen Session zusammen. Während der Ständerat der Rettungsaktion zustimmte, gingen die Wogen im Nationalrat hoch: Die

SVP auf der einen Seite, die SP und die Grünen auf der andern verlangten verbindliche Regelungen, damit sich ein solches Debakel nicht wiederholen würde. Der Bundesrat jedoch widersetzte sich einer Hauruckübung. Schliesslich verweigerte der Nationalrat dem Deal seine Zustimmung. Dabei wussten SVP, SP und Grüne sehr wohl, dass ihr Nein die Übernahme der CS durch die UBS nicht mehr verhindern konnte. Für den Bundesrat und besonders Finanzministerin Karin Keller-Sutter war es dennoch eine herbe Schlappe. Keller-Sutter, erst wenige Wochen im neuen Amt, hatte bei der Rettungsaktion Entscheidungsfähigkeit bewiesen. Aber der Mehrheit des Nationalrats ging es darum, ohne Risiko ein Zeichen zu setzen – nicht zuletzt mit Blick auf die bevorstehenden nationalen Wahlen. Mit der Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) machten die Eidgenössischen Räte ausserdem deutlich, dass sie die Umstände, die zum CS-Debakel geführt hatten, und die Bewältigung der Krise durch Bundesrat und Finma aufgearbeitet haben wollten.

Neutralität unter Druck

Der Bundesrat fiel 2022 und 2023 nicht durch ausgeprägte Harmonie auf. Als der Ukraine-Krieg losbrach, dauerte es Tage, bis die Regierung sich den Sank-

tionen der EU anschloss. Gegen die Möglichkeit, dass andere Länder in der Schweiz produzierte Waffen und Munition an die Ukraine weiterleiteten, verweigerte sich der Bundesrat aus neutralitätsrechtlichen Bedenken. Aussenminister Ignazio Cassis holte sich im Bundesrat eine Schlappe mit dem Antrag, die Neutralität offener zu gestalten. Bei Konflikten, in denen das Völkerrecht und zentrale Werte der Schweiz verletzt wurden, sollte sie klarer Stellung beziehen dürfen. Der Bundesrat hielt jedoch am Neutralitätsverständnis, wie es 1993 definiert worden war, uneingeschränkt fest. Dies bedeutete, dass keine in der Schweiz produzierten Waffen an Konfliktparteien geliefert werden durften. Auch in Bezug auf blockierte Oligarchengelder aus Russland vertrat die Schweiz eine strikt an rechtsstaatliche Kriterien orientierte Haltung. Dass dafür auch im Ausland nicht überall Verständnis herrschte, zeigten harsche Interventionen wie jene des US-Botschafters oder der G7-Staaten: Mit ihrer Auslegung des Neutralitätsrechts helfe die Schweiz nur Aggressoren wie Russland, argumentierten sie.

Relativ überraschend beschloss die Landesregierung, mit der EU erneut Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufnehmen zu wollen. Nach wie vor herrscht Uneinigkeit über zentrale Fragen: über die automatische Übernahme von EU-Recht in Fragen der bi-

lateralen Verträge, über den Mechanismus der Streitschlichtung, über die Unionsbürgerschaft sowie über den Lohnschutz. Weiterhin blieb die Schweiz von der Mitwirkung im Programm «Horizon 2020», dem EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation, ausgesperrt – eine Strafmassnahme, welche die EU der Schweiz gegenüber wegen ausbleibender Fortschritte hinsichtlich eines Rahmenabkommens verhängt hatte. Auch Projekte wie ein Stromabkommen zwischen der EU und der Schweiz blieben blockiert. Zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt, unmittelbar vor dem Ende der Sondierungsphase, erklärte Staatssekretärin Livia Leu ihren Rücktritt als Chefunterhändlerin der Schweiz mit der EU, um Botschafterin in Berlin zu werden.

Schädliche Indiskretionen

Viel Verdruss bereiteten Indiskretionen aus dem Bundesrat, die jeweils darauf abzielten, Entscheidungen durch Einschaltung der Medien zu beeinflussen. Ins Zwielficht geriet besonders Innenminister Alain Berset: Sein Mitarbeiter Peter Lauener hatte wiederholt Informationen gezielt an die Ringier- und an andere Medien durchsickern lassen. Der Konflikt eskalierte, als bekannt wurde, dass zwischen Bersets Departement und Ringier-CEO Marc Walder über Jahre hinweg gewissermassen eine Standleitung bestanden habe. Gegenüber dem Gesamtbundesrat beteuerte Berset, er habe keine Kenntnis von den Indiskretionen gehabt. Aber die Landesregierung liess es nicht an einer klaren Warnung fehlen: «In-

diskretionen schaden der Arbeit im Gremium, der Glaubwürdigkeit des Kollegiums und den Interessen des Landes.» Berset gelang es ein weiteres Mal (nach den Affären um eine Geliebte und einem Irrflug mit einem Privatflugzeug über Frankreich), seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Seine Glaubwürdigkeit war jedoch angeschlagen. Ausserdem warf eine weitere Indiskretion Wellen: Im Vorfeld einer Bundesratsentscheidung über AHV-Renten erschien Ende März ein Zeitungsbericht, der offensichtlich nur ein Ziel hatte: Finanzministerin Karin Keller-Sutter zu diskreditieren.

Neue Bundesratsmitglieder

Alain Berset wurde von der Bundesversammlung mit einem demonstrativ schlechten Ergebnis, mit lediglich 140 Stimmen, zum Bundespräsidenten 2023 gewählt. Neue Vizepräsidentin wurde Mitte-Bundesrätin Viola Amherd. Sie erhielt 207 von 223 gültigen Stimmen.

Der 7. Dezember 2022 stand allerdings im Zeichen der Neuwahl zweier Mitglieder des Bundesrats. Für den zurückgetretenen Ueli Maurer wurde der Berner Albert Rösti gewählt. Rösti hatte die SVP von 2016 bis 2020 als Präsident geführt. Eine Überraschung war hingegen die Wahl von Elisabeth Baume-Schneider als Nachfolgerin der SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Die Jurassierin überflügelte in der

Bild: Keystone-SDA



Von Indiskretionen habe er nichts gewusst: Bundesrat Alain Berset mit seinem persönlichen Mitarbeiter Peter Lauener.



Zwei neue Mitglieder des Bundesrats: Elisabeth Baume-Schneider (SP, JU) und Albert Rösti (SVP, BE).

Bundesversammlung die Favoritin, die Basler Ständerätin Eva Herzog, die sich als Finanzpolitikerin einen Namen geschaffen hat. Mit vier von sieben Mitgliedern war die lateinische Schweiz im Bundesrat fortan stark übervertreten. Baume übernahm das Justiz- und Polizeidepartement und damit die Verantwortung für das Migrationsdossier. Karin Keller-Sutter wechselte ins Finanzministerium, während Rösti von Sommaruga das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) übernahm.

Am 7. April 2023 verstarb im Alter von 86 Jahren Elisabeth Kopp. Die FDP-Politikerin war 1984 als erste Frau in den Bundesrat gewählt worden. Als Justizministerin verschaffte sie sich viel Respekt und Anerkennung, vor allem mit ihrem Eintreten für die Besserstellung der Frauen,

aber auch mit zahlreichen Rechtsetzungsprogrammen: gegen Drogenhandel und Geldwäscherei, Insiderhandel sowie für mehr Umweltschutz. 1988 musste sie nach einer beispiellosen Medienkampagne wegen eines Telefongesprächs mit ihrem Mann aus dem Amt scheiden. Elisabeth Kopp blieb jahrelang gesellschaftlich wie politisch geächtet, auch von ihrer eigenen Partei. Erst in den letzten Jahren wurden ihre Verdienste um das Wohl der Eidgenossenschaft und der Frauen wieder rundum anerkannt.

Zeichen gegen Reformstau

An den Abstimmungsurnen wurden 2022/2023 auf eidgenössischer Ebene einige wichtige Entscheidungen getroffen. Nach über zwanzig Jahren kam wieder einmal eine Reform der AHV durch: Das Ja zur AHV-Reform

21 wurde mit hauchdünner Mehrheit – 50,6 Prozent – angenommen. Gekoppelt war die Vorlage mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozent. Ihr wurde mit 55,1 Prozent zugestimmt. Kernelement der AHV-Reform war die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer (von 64 auf 65 Jahre) und die Sicherstellung der Finanzierung des Sozialwerks bis 2032. Nötig wurde die Reform wegen der gestiegenen Lebenserwartung und des ungünstiger werdenden Verhältnisses zwischen der rentenberechtigten und der arbeitsfähigen Bevölkerung. Wegen der damit verbundenen Opfer sprachen sich SP, Grüne und Gewerkschaften gegen die Vorlage aus. Auch die welschen Kantone sowie das Tessin lehnten die Vorlage mehrheitlich ab. Mit dem Ja zu AHV 21 wurde ein bedeutsames Zeichen gegen den Reformstau in der Schweiz gesetzt.

Am 25. September 2022 haben Volk und Stände die sogenannte Massentierhaltungsinitiative aus Tierschutzkreisen mit 62,9 Prozent Nein verworfen. Abgelehnt wurde – mit 52 Prozent – auch eine Minireform der Verrechnungssteuer, wogegen die Linke das Referendum ergriffen hatte. Sie hätte Unternehmungen bei Kapitalaufnahmen von Abgaben befreit. Bundesrat und Parlament wollten mit der Vorlage Wettbewerbsnachteile der Schweizer Wirtschaft ausräumen.

Wie üblich warfen die anstehenden Parlamentswahlen ihre

Schatten weit voraus. Der Wahlkampf überschattete die Parlamentsarbeit, die Diskussionen wurden schneidender, die Kompromissbildung gestaltete sich schwieriger. Zwar verabschiedeten die Eidgenössischen Räte im März 2023 nach jahrelanger Arbeit eine Reform der beruflichen Vorsorge. Diese zielte darauf ab, die Finanzierung der zweiten Säule zu stärken, das Leistungsniveau insgesamt zu erhalten und die Absicherung von Teilzeitbeschäftigten – besonders von Frauen – zu verbessern. Gewerkschaften, Linksparteien sowie Bauernverbände kündigten indessen das Referendum an. Auch gegen den indirekten Gegenvorschlag zur

Gletscherinitiative, der im Herbst 2022 verabschiedet wurde, kam das Referendum zustande. Treibende Kraft war hier die SVP.

Neun-Millionen-Schweiz

Obschon der Sommer 2022 zu den heissesten und trockensten und der Winter 2022/23 zu den schneeärmsten gehörte, strapazierten Klimaaktivistinnen und -aktivisten mit übersteigerten Forderungen und Selbst-Anklebe-Aktionen auf Autobahnen und Strassen das Verständnis der Öffentlichkeit. Dagegen schoben sich erneut Migrations-themen in den Vordergrund. Anfang 2023 wurde die Bevölke-

rungszahl der Schweiz auf 8 927 000 geschätzt – rund 100 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Die Zuwanderung (ohne die irreguläre Einwanderung) überstieg die Abwanderung 2022 um 81 345 Personen. Der Bevölkerungszuwachs wirkte sich nicht zuletzt negativ auf den Wohnungsmarkt, den Verkehr und die Sicherheit im öffentlichen Raum aus. Hauptgrund für den Bevölkerungszuwachs war die ungebremsste Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften. Auch die illegale Einwanderung blieb anhaltend hoch. Zwar zeichnete sich bei den Ukraine-Flüchtlingen eine rückläufige Tendenz ab; zeitweise waren bis zu 65 000 Menschen



Bild: Keystone-SDA

Vor allem die Zuwanderung jugendlicher Männer aus Afghanistan, Syrien und Afrika schaffte für das Asylwesen zunehmend Probleme (Bild aus Buchs vom 16. November 2022).

aus dem kriegsversehrten Land aufgenommen worden. Aber viele Gemeinden hatten Engpässe bei der Unterbringung immer weiterer Asylsuchender zu bewältigen. Vor allem unbegleitete Jugendliche aus Afghanistan, Syrien und Afrika stellten die Behörden vor schwer zu lösende Probleme.

Anders als etwa Deutschland und Österreich ist die Schweiz vergleichsweise wenig von Gasimporten abhängig. Lücken zeichneten sich jedoch bei der Elektrizitätsversorgung ab. Zwar trafen die prognostizierten Stromausfälle im Winter 2022/23 nicht ein. Notfallszenarien, die der Bund erarbeitet hatte (bis hin zu einem «Netflix»-Verbot!), mussten nicht aktiviert werden. Die Energieversorgung der Zukunft wurde jedoch zu einem zentralen Thema der politischen Diskussion. Auch der Bau neuer Atomkraftwerke war kein Tabuthema mehr.

Nicht überraschend erhielt die SVP mit ihren Kernthemen Zuwanderung und irreguläre Migration im Wahljahr 2023 politischen Auftrieb. Die FDP, der Anfang Jahr noch Zugewinne prognostiziert worden waren, verlor in den Kantonalwahlen des Frühlings an Stimmenanteilen (in Zürich, Genf, Luzern und Baselland). Zu den Verlierern der kantonalen Wahlen gehörten auch die Grünen, während SP, Mitte und Grünliberale ihre Sitze halten oder leicht zulegen konnten. Im Kanton St. Gallen eroberte die SVP mit Esther



Bild: Keystone-SDA

Ein Sympathieträger verlässt die Bühne: Tennismaestro Roger Federer bei der Verleihung der Sports Awards 2022 am 11. Dezember 2022 in Zürich.

Friedli den Ständeratssitz, den zuvor Paul Rechsteiner (SP) während elf Jahren gehalten hatte. Im Kanton Genf gelang es Pierre Maudet, der wegen einer Korruptionsaffäre aus der FDP ausgeschlossen worden war und sein Regierungsratsmandat verloren hatte, dank einer eigenen politischen Liste wieder in die Regierung zurückzukehren (auf Kosten der Grünen). In Luzern wurde Ylfete Fanaj (SP) in die Regierung gewählt.

Sportler als Sympathieträger

Zu verzeichnen hatte die Schweiz die Rücktritte zweier Ausnahmesportler: Roger Federer und Beat Feuz. Der Tennisathlet Federer verabschiedete sich am 15. September 2022 mit 41 Jahren.

Er hatte insgesamt 20 Grand-Slam-Titel gewonnen. 2008 wurde er Olympiasieger, gewann mit der Schweiz den Davis Cup und war während 310 Wochen die Nummer 1 der Welt. Beat Feuz hatte insgesamt 16 Mal im Weltcup triumphiert, 13 Mal davon in der Abfahrt. Dank ihrer Ausstrahlung und ihrer menschlichen Qualitäten waren beide auch wichtige Sympathieträger der Schweiz in der Welt geworden. Einer, der es ihnen gleichtut, ist der Skirennfahrer Marco Odermatt. Bisher gewann der erst 25-jährige Nidwaldner nicht weniger als 25 Weltcuprennen. An der alpinen Ski-WM in Courchevel im Februar 2023 triumphierte Odermatt in der Abfahrt und im Riesenslalom.